

Klaus WieseHügel

Bundesvorsitzender

der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

anlässlich

Programmkonvent

„Fortschritt.Arbeit.Gerechtigkeit“

Anforderungen an eine Politik für neue Mehrheiten

**Änderungen vorbehalten
(Es gilt das gesprochene Wort!)**

Vielen Dank für die Einladung heute hier nach Berlin zum Programmkonvent des Forum Demokratische Linke 21.

Heute schlagen natürlich zwei Herzen in meiner Brust, ein sozialdemokratisches und ein gewerkschaftliches, die eigentlich im gleichen Rhythmus pulsieren sollten.

Wenn es um die Anforderungen an eine Politik für neue Mehrheiten geht, dann werde ich natürlich insbesondere die Positionen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier darlegen.

Ich tue das, weil ich der festen Überzeugung bin, dass dies auch die Anforderungen für neue Mehrheiten sind und dass dies auch eine der Kernaufgaben sozialdemokratischer Politik sein muss.

Wenn es heute und vor allem in diesem Jahr um eine neue Politik geht, dann muss dies vor allem eine Politik sein, die in der Lage ist, die gegenwärtige ökologische, soziale und ökonomische Krise zu überwinden.

Wenn wir nicht zu einer neuen Politik finden, dann werden sich die Lebensbedingungen von Millionen Menschen verschlechtern und auch – das dürfen wir nicht vergessen – die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen wird sich rasant verstärken.

Wenn wir nicht zu einer neuen Politik finden, dann wird die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise weiterhin ungeheure Werte vernichten, Massenarbeitslosigkeit in Deutschland und weltweit verursachen.

Die konjunkturellen Aussichten werden immer düsterer.

Mittlerweile werden für 2010 fast fünf Millionen

Arbeitslose vorausgesagt.

Dem muss die Sozialdemokratie etwas entgegensetzen.

Wir dürfen und können nicht länger den Neoliberalen, den Marktradikalen und Konservativen das Feld überlassen.

Zu welchen dramatischen Folgen das Credo ihrer Politik geführt hat, haben wir in den letzten Monaten gesehen.

Der Neoliberalismus und sein Versprechen vom steten Wachstum und Wohlstand sind gescheitert.

Die Gewerkschaften haben schon lange vor Privatisierung und Deregulierung gewarnt. Seit Jahren haben wir die Risiken vieler Finanzmarktprodukte, die kaum ein Arbeitnehmer aussprechen geschweige denn durchschauen kann, kritisiert: die Shareholder-Value Philosophie, die Problematik von Hedge Fonds, private Equity. Aber wir haben auch konkrete Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte vorgelegt.

Die Auswüchse der Kapitalmärkte wurden in Deutschland begleitet von Sozialabbau, einer Schwächung des Binnenmarktes und der Umverteilung zu Gunsten der Vermögenden.

Eine Politik für neue Mehrheiten darf und kann nicht weiterhin auf ein Modell der staatsfreien und demokratiefernen Selbstregulierung der Märkte setzen.

Kontrolle und Regulierung der Märkte ist legitim und auch notwendig.

Ein weiter so, wie es die Mahner vor einem angeblich zu starken staatlichen Einfluss offenbar schon wieder anstreben, darf es nicht geben. Gerade jetzt brauchen Wirtschaft und Gesellschaft einen starken Staat.

Wenn aber der Staat hilft, muss er dafür auch Gegenleistungen erhalten egal ob bei Banken oder Opel. Gegenleistungen wie Beschäftigungssicherung, Unternehmensanteile und Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen. Wir brauchen wieder mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind ein gewichtiger Teil der Wirtschaft und nicht nur ein Produktions- und Kostenfaktor.

Das muss Politik verdeutlichen und umsetzen.

Die Beschäftigten, die Menschen gehören wieder in das Zentrum der Wirtschaftspolitik.

Die Ausweitung der Mitbestimmung ist ein wichtiger Weg hierzu. Mitbestimmung der Beschäftigten stellt gute Arbeit, sichere Arbeitsplätze und nachhaltige Unternehmensstrategien in den Mittelpunkt der Unternehmenspolitik.

Es kann nicht sein, dass ein Unternehmen wie Nokia, das 15 % Rendite abwirft, trotzdem fallen gelassen wird.

Das können wir nur mit einer anderen Unternehmenspolitik ändern, und dazu müssen wir neue Werte für unternehmerisches Handeln schaffen. Nachhaltiges, Beschäftigung schaffendes und ökologisches Wirtschaften muss über kurzfristige Renditeerwartungen gestellt werden. Unternehmen haben vor allem eine gesellschaftliche Funktionen.

Kurzfristige Profitorientierung steht im krassen Gegensatz zu ressourcenschonenden, klimagerechten und solidarischen Wirtschaften.

Eine Politik für neue Mehrheiten muss sich dem Prinzip „Investition vor Spekulation“ verschreiben.

Nur eine nachhaltige Wirtschaftsordnung garantiert zukunftsweisende Innovationen und Generationengerechtigkeit, garantiert menschenwürdiges Leben, die Überwindung von Hunger und Armut und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen.

Das heißt, wir brauchen trotz aller Fortschritte der Umweltpolitik ein radikales Umsteuern hin zu einem klimagerechten solidarischen Wirtschaften.

Das ist für mich ein ganz zentraler Bestandteil künftiger Politik und ich bin froh, dass dies die Sozialdemokratie offenkundig energisch angehen wird.

Ich verweise in diesem Zusammenhang immer gern auf das Beispiel der Energetischen Gebäudesanierung.

Hier zeigt sich exemplarisch, wie Klimaschutz, Arbeitsplätze und Wirtschaft in Einklang – in eine Win-Win-Situation – gebracht werden können.

Der Rückzug des Staates aus zentralen sozialen gesellschaftlichen Bereichen hat gravierende Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft.

Unsere Gesellschaft ist dabei, sich zu entsolidarisieren. Das sehen wir im Bereich der Kranken- und Rentenversicherung, auf dem Arbeits- und Lehrstellenmarkt und im Bereich der Bildung. Das Fundament des Sozialstaates muss erneuert werden.

Das betrifft vor allem die solidarische und sozial gerechte Finanzierung der Sicherungssysteme für Alter und Gesundheit.

Die Mehrheit der Menschen in unserem Land kann sich nicht allein gegen die großen Lebensrisiken absichern. Wir brauchen einen aktiven Sozialstaat, eine Politik, die das Sozialstaatsangebot des Grundgesetzes stärker ausgestaltet.

Der Weg in die zwei Klassenmedizin muss gestoppt werden.

Der richtige Ansatz ist die Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege und nicht die weitere Privatisierung von Leistungen oder das dubiose Prinzip der Vorkasse im Wartezimmer.

Die vor kurzem angekündigte relativ hohe Rentenerhöhung im Vergleich zu den Vorjahren kann und darf nicht über den langfristigen Anstieg der Altersarmut hinwegtäuschen.

Das ist ein Wahlkampfmanöver, hilft aber nicht langfristig weiter, solange nichts gegen den immer realer werdenden Anstieg der Altersarmut getan wird.

Die Renten steigen nur kurzfristig.

Was bleibt, ist die Angst vor Altersarmut – gerade bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die schon im Erwerbsleben unter schwierigen Bedingungen arbeiten müssen.

Hier in Berlin zeigen sich bereits die Auswirkungen bzw. das, was uns erwartet. Knapp 30.000 Berliner über 65 und weitere 20.000 Erwerbsunfähige erhalten derzeit eine staatliche Grundsicherung. Ihre Rente reicht nicht zum Leben.

Und das Problem wird sich drastisch verschärfen und in der nächsten Generation den Osten Deutschlands mit voller Wucht erreichen.

Geringe Löhne, Billigjobs und Langzeitarbeitslosigkeit wirken sich dann schonungslos auf die Rentenformel aus. In kaum einem anderen Industrieland sind Geringverdiener laut OECD so schlecht abgesichert wie in Deutschland. Wer von seinem Lohn kaum leben kann, wird auch keine existenzsichernde Rente erarbeiten, geschweige denn Geld für die private Vorsorge beiseite legen.

Wenn die Politik Verteilungskonflikte künftiger Rentnergenerationen abmildern will, muss sie sich gezielt um Erwerbsgeminderte, prekär Beschäftigte, Bezieher niedriger Einkommen und Langzeitarbeitslose kümmern.

Diese Gruppen müssen zukünftig besser vor Altersarmut geschützt werden.

Das geht durch Mindestlöhne, mit gleicher Bezahlung für Frauen, mit einem erleichterten Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten und mit einer Rentenreform.

Ich weiß, dass es ein Knackpunkt zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie ist: aber die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Rente mit 67 wird die Probleme in der Rentenversicherung und der Altersarmut nicht lösen - im Gegenteil.

Das kann nur ein anderes solidarisches nachhaltiges System wie das einer Bürgerversicherung.

Ernüchternd müssen wir heute festhalten, dass sich in den letzten Jahrzehnten die Arbeitswelt und die

Arbeitsbedingungen für wenige Menschen verbessert und für viele verschlechtert hat.

Massenarbeitslosigkeit und ein von der Politik gewollter Niedriglohnsektor haben das Lohnniveau in Deutschland für die meisten Beschäftigten abgesenkt.

Gleichzeitig wurden die Normalarbeitsverhältnisse in großem Umfang zu tausenden durch prekäre Beschäftigung in vielfältiger Form abgelöst.

Das hat zwar manch eine Statistik verändert, aber letztlich keinen Fortschritt, sondern Rückschritt für die Arbeitsbedingungen bedeutet.

Zu den Anforderungen an eine Politik für neue Mehrheiten gehört deshalb, dass die Forderungen der Arbeitnehmer an gute und menschenwürdige Arbeit, an Zeitsouveränität, an Mitbestimmung, soziale Sicherheit und einen Lohn, der ihrer Leistung entspricht, wieder von der Politik aufgegriffen werden und nicht ins Gegenteil verkehrt.

Es ist sozial, was „Gute Arbeit“ schafft!!

„Gute Arbeit“ gehört in den Mittelpunkt einer neuen Politik, die die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen nach der Krise erfolgreich meistern will.

Dabei müssen wir natürlich Antworten darauf finden, wie sich die heutigen Flexibilitätsanforderungen und die Sicherheitsbedürfnisse vereinbaren lassen, welche Funktionen Belegschaften in betrieblichen Innovationsprozessen haben und welchen Anteil tarifvertraglich/betriebliche Ansätze leisten können.

Die heutigen 6 Foren spiegeln ziemlich genau die Themen wider, die die Menschen in unserem Land bewegen.

Auch die Gewerkschaften und meine IG BAU haben diese zum Schwerpunkt ihrer strategisch politischen Arbeit gemacht.

Wenn ich allerdings das Forum 5 benannt hätte, so hätte es sicher nicht geheißen: „Das soziale Europa gestalten“, sondern „**Europa sozial gestalten**“.

Europa, das ist für uns heute viel Wirtschaft und weniger sozialer Frieden. Die Balance zwischen wirtschaftlichen Freiheiten und dem Schutz sozialer Grundrechte stimmt nicht mehr in Europa.

Das zeigen vor allem die jüngsten Urteile des Europäischen Gerichtshofes Laval, Viking, Rüffert Kommission gegen Luxemburg. Durch sie sind die Grundrechte der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften, Mindestlöhne, Tariftreue und Streikrecht in Gefahr.

Die Interessen der Wirtschaft und Industrie stehen klar im Vordergrund der Europäischen Politik.

Wir haben zwar einen einheitlichen Binnenmarkt und eine einheitliche Währung, aber bisher wurde auf europäische Regeln für eine einheitliche Tarifpolitik und Unternehmenssteuern verzichtet.

Lissabon kann daher nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem sozialen Europa sein.

Europa braucht mehr sozialen Fortschritt und braucht erheblich mehr soziale Balance.

Wenn wir zu mehr sozialem Fortschritt in Europa kommen, dann wird Europa auch wieder von den Menschen angenommen und verstanden.

Mehr sozialer Fortschritt in Europa, auch das ist eine Kernanforderung an eine Politik für neue Mehrheiten.

Krisen beinhalten auch immer Potential für Veränderungen.

Die derzeitige Krise des Kapitalismus, der Wirtschaft kann und sollte Ausgangspunkt sein, für eine Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Markt, von privatem und öffentlichem Eigentum und von Ökonomie und Sozialem.

Wer – wenn nicht die Sozialdemokratie und insbesondere die SPD Linke, ist in der Lage, einen Paradigmenwechsel einzuleiten?

Einen Paradigmenwechsel weg von einem kurzfristigen, Profit orientierten Kapitalismus hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsordnung.

Wirtschaftsdemokratie kann nicht heißen, dass die Wirtschaft der Politik die Gesetze diktiert und wenn es schief geht, auch noch die Hand aufhält.

Wirtschaft, dass sind nicht nur Großkonzerne und Aktienunternehmen, sondern dass sind vor allem die Menschen, die Waren und Dienstleistungen produzieren. Sie müssen in Deutschland in Europa und weltweit im Zentrum der Politik stehen.

Arbeit, das sind nicht nur systemische Großbetriebe.

Nur drei Prozent haben mehr als 500 Beschäftigte.

Dort sind 20 Prozent der Arbeitnehmer beschäftigt.

Wer die Mehrheiten sichern will, muss auch die anderen 80 Prozent mitnehmen.

Ich weiß, im Grunde genommen liegen wir, die IG BAU, die meisten anderen Gewerkschaften und die Sozialdemokratie nicht wirklich weit auseinander.

Wie nah, zeigt schon das Motto des heutigen Programmkonventes „**Fortschritt.Arbeit.Gerechtigkeit**“.
Denn die IG BAU stellt in diesem Jahr ihren Gewerkschaftstag unter fast dasselbe Motto, nämlich:
Leben. Arbeit. Gerechtigkeit.

In diesem Sinne wünsche ich uns heute einen guten Verlauf des Programmkonventes und fruchtbare und erfolgreiche Diskussionen.

Vielen Dank.